

II-5804 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DIPL.-ING. JOSEF RIEGLER
BUNDESMINISTER
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

WIEN, 1988 11 17
1011, Stubenring 1

Zl.16.930/112-IA10/88

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR
Wabl und Kollegen Nr. 2674/J vom
26. Sept. 1988 betreffend unerledigte
Empfehlungen des Rechnungshofes

2602 IAB
1988 -11- 21
zu 2674 1J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Leopold Gratz
Parlament
1017 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Wabl und Kollegen Nr. 2674/J betreffend unerledigte Empfehlungen des Rechnungshofes, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Von einer Verbundlichung des Land- und forstwirtschaftlichen Rechenzentrums (LFRZ) wurde bisher aus folgenden Gründen Abstand genommen:

- Unverhältnismäßig hoher mit einer Verbundlichung anfallender finanzieller Aufwand, wie z.B. für Abfertigungen;
- Vertragsrechtliche Probleme, wie z.B. Eintritt des Bundes in bestehende Bestandesverträge;
- Relativ hohe Haftungsrisiken des Bundes bei Übernahme des LFRZ, wie z.B. bezüglich Vertragsauflösungen mit vereins-externen Dauerauftraggebern oder umfangreiche budgetäre Probleme;

- 2 -

- Unklarheiten hinsichtlich der bei der Verbundlichung erforderlichen "Auffangstellung" für den Betrieb LFRZ und der zukünftigen organisatorischen, strukturellen und finanziellen Konzeption eines verbundlichten LFRZ;
- Allenfalls daraus zu erwartende tiefgreifende Schwierigkeiten bei der laufenden Abwicklung von umfangreichen EDV-Projekten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft in personeller sowie soft- und hardwaretechnischer Hinsicht.

Im Hinblick auf die gebotene Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit kann über die angeführten schwerwiegenden Umstände, die einer Eingliederung des LFRZ in die Bundesverwaltung entgegenstehen, nicht hinweggesehen werden.

Zu der vom Rechnungshof weiters vorgeschlagenen Übertragung der Auszahlung der Bergbauernzuschüsse, Kälbermastprämien und Telefonanschlüsse an das Bundesrechenamt erlaube ich mir mitzuteilen, daß die Anregung des Rechnungshofes erneut mit dem Bundesminister für Finanzen sowie dem Rechnungshof ausführlich beraten werden soll, um eine allseits befriedigende Lösung zu erzielen.

Der Bundesminister:

